

1 **119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 LFA Soziales, Familie, Arbeit und Integration

7 Konstantin Bonfert

8 Sylwester Ciba

9 Ben Schogs

10 Dian Dlaman

11

**ÄA 2302/01 zu Drs.  
LA2302/01**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

12

13

14

15 **Änderungsantrag zum Antrag: LA2302/01**

16

17 **Rahmenprogramm für die Bezirkswahlen 2024**

18

19 *Der Landesparteitag möge folgende Änderung zum o.g. Antrag beschließen:*

20

21 *Als eigenständiges Kapitel wird am Ende des Rahmenwahlprogramms folgendes eingefügt:*

22

23 **Liberales Sozialpolitik**

24 **Wir haben nicht nur die ganze Stadt im Blick, sondern auch alle Menschen**

25

26 **Jugend & Soziales**

27

28 Wir Freie Demokraten glauben an den mündigen Bürger, der selbstbestimmt Entscheidungen  
29 für sich trifft und Verantwortung für andere übernimmt. Uns ist aber bewusst, dass dies keine  
30 Selbstverständlichkeit ist – insbesondere Kinder und Jugendliche benötigen staatliche Hilfe

31 und Unterstützung, falls ihr Elternhaus diese mal nicht leisten kann. Um gerade den Jüngsten  
32 von uns eine Perspektive auf ein Leben auf den eigenen Beinen in Würde und Freiheit zu ge-  
33 ben, setzen wir uns vor Ort unter anderem für folgende Projekte ein:  
34

### 35 **1. Stärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit**

36 Es gibt in unserem Bezirk bereits einige Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit  
37 – gemeinsam haben sie leider fast alle, dass sie kaum genug Personal haben, um ihre wert-  
38 volle Aufgabe richtig auszuführen. Wir fordern daher:  
39

- 40 ➤ Alle Institutionen der OKJA sollen mit zwei, anstatt wie bisher anderthalb, Planstellen be-  
41 setzt werden. Eine chronische Unterbesetzung wird weder unseren Kindern noch ihren Be-  
42 treuern gerecht.  
43
- 44 ➤ Die Sozialbehörde muss endlich für reale und nicht nur pauschale Lohnerhöhungen für die  
45 Beschäftigten sorgen. Nur so schaffen wir einen echten Anreiz, dass Menschen auch in Zu-  
46 kunft diese wichtige Aufgabe übernehmen wollen.  
47
- 48 ➤ Die Jugendhilfe in den Projekten muss Vorrang vor direkten Zahlungen von Hilfen in der Er-  
49 ziehung (HzE) bekommen.  
50
- 51 ➤ Kürzungen in diesem Bereich lehnen wir ab; insbesondere soll das zwischenzeitlich von er-  
52 heblichen Einsparungen bedrohte Kinder- und Familienzentrum in Barmbek (KiFaZ) in seinem  
53 derzeitigen Bestand dauerhaft gesichert werden.  
54
- 55 ➤ Im Rahmen der Initiative „105 Kinderschutzbeauftragte für 105 Stadtteile“ setzen wir uns da-  
56 für ein, dass jeder der 13 Stadtteile unseres Bezirks mindestens einen Kinderschutzbeauftrag-  
57 ten erhält, der als gut bekannte Vertrauenspersonen eine niedrigschwellige Alternative zu  
58 Jugendamt und Polizei darstellen kann.  
59

### 60 **2. Schutz unserer Kinder: im Netz und vor der Haustür**

61 Gefahren lauern überall. Während man auch kleine Menschen nicht vor allem behüten muss,  
62 können wir mit ein paar simplen Maßnahmen bereits viel erreichen:  
63

- 64 ➤ Wir setzen uns ein für das Anbringen von QR-Codes auf Kinderspielplätzen, die beim Schie-  
65 ßen von Fotos auf dem Handy automatisch auf Aufklärungswebsites zum Thema Kinder-  
66 schutz im Internet verlinken. Die Idee geht auf den Kinderschutzbund Schweiz zurück und  
67 hilft Eltern, sich mit einem einzigen Klick über Gefahren im Netz für ihre Kleinen zu informie-  
68 ren – insbesondere diejenigen, die sich aus dem unbedachten Hochladen von Kinderfotos er-  
69 geben können.  
70
- 71 ➤ Zur Verbesserung der Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr sollen insbesondere Tempo-  
72 30-Zonen um Schulen konsequent durchgesetzt werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein,  
73 den Schulweg durch den Einsatz von „Ampelblitzern“ und Schülerlotsen noch sicherer zu ma-  
74 chen. So können wir erreichen, dass Kinder auch ohne (motorisierte) Begleitung ihrer Eltern  
75 zur Schule gelangen können – das stärkt nicht nur ihre Selbstständigkeit, sondern schont  
76 auch unsere Umwelt!  
77

### 78 **3. Belasten wir unsere Kitas und unsere Verwaltung nicht mit unnötiger Bürokratie!**

79 Nach einer Anweisung des Senats ist das Bezirksamt verpflichtet, von Kitas ohne ausrei-  
80 chende Außenspielfläche Gebühren für die Nutzung öffentlicher Spielplätze zu verlangen.

81 Sinnvoller wäre es, jene KITAS stattdessen von der entsprechenden Position bei der Zuwen-  
82 dung durch die Stadt auszunehmen. So könnte der eingesparte Betrag z.B. zur Pflege öffentli-  
83 cher Spielplätze genutzt werden.

84  
85

### 86 **Obdachlosigkeit**

87 Es gibt Menschen in unserer Gesellschaft, die keine Möglichkeit mehr haben ihr Leben frei zu  
88 leben. Diese Menschen dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Wohnungslose Menschen ha-  
89 ben zahlreiche Probleme und finden ohne fremde Hilfe nicht mehr aus ihrer Situation heraus.  
90 Das Europaparlament hat im November 2020 eine Resolution verabschiedet, die bis zum Jahr  
91 2030 die Beendigung von Obdachlosigkeit zum Ziel hat.

92 Hier muss ein Paradigmenwechsel stattfinden. Ein Dach über dem Kopf muss der erste Schritt  
93 sein, damit das Leben wieder auf die richtige Bahn gebracht werden kann. In dem bisherigen  
94 „Stufensystem“ müssen sich Wohnungslose erst über Notunterkünfte, öffentlich-rechtliche  
95 Unterbringung, Wohnheime und betreute Wohngemeinschaften an das normale Wohnen her-  
96 angeführt werden. Das Ziel der eigenen vier Wände steht erst am Ende. Diese „Qualifikation“  
97 stellt eine hohe Hürde mit vielen Bedingungen dar. Diese ist für die meisten Wohnungslosen  
98 nicht zu überwinden. Daher soll Housing First in Hamburg umgesetzt werden. Es bedeutet,  
99 dass Menschen ohne Vorbedingungen eine Wohnung erhalten und zusätzlich sozialarbeiteri-  
100 sche Unterstützung bekommen können. Studien haben den Erfolg bereits bewiesen und es ist  
101 ein wirksames Mittel um Wohnungslosigkeit zu beenden.

102 Auch fehlen oft Ausweisdokumente. Aus diesem Grund haben wir ein Modellprojekt in Ham-  
103 burg-Mitte ins Leben gerufen, das es Obdachlosen ermöglicht, gebührenfrei einen Personal-  
104 ausweis zu bekommen. Die Auswertung dieses Projekts ist sehr positiv und wir wollen diese  
105 tolle Möglichkeit in Hamburg weit verstetigen. So ist es wieder möglich Sozialhilfe zu bean-  
106 tragen oder eine Arbeit zu finden.

107  
108 Wir setzen uns für ein neues Modell des „Winternotprogramms“ ein. Jährlich zum 1. Novem-  
109 ber startet das „Winternotprogramm“ für obdachlose Menschen. Es bietet Menschen im Zeit-  
110 raum von 17:00 Uhr bis 9:30 Uhr Schutz vor der kalten Jahreszeit und stellt ca. 700 Schlaf-  
111 plätze bereit. Außerhalb dieser Öffnungszeiten müssen die Menschen diese Einrichtung ver-  
112 lassen und sind wieder auf sich alleine gestellt. Wir möchten ein neues Modell des „Winter-  
113 notprogramms“ ins Leben rufen, um die prekären Lebenssituationen der Betroffenen nachhal-  
114 tig zu verbessern. Dazu gehört eine ganztägige Öffnung der Einrichtung, damit die Obdach-  
115 losen tagsüber nicht draußen aufhalten müssen und sie auf diese Weise besser zur Ruhe kom-  
116 men können. Ausgeruht können auch Beratungsangebote besser angenommen werden. Große  
117 Obdachloseneinrichtungen mit Mehrbettzimmern ohne Privatsphäre sind hier kontraproduk-  
118 tiv. Es besteht ein Bedarf von Einzelunterbringung mit der Möglichkeit die eigenen Tiere mit-  
119 zubringen. Das steigert, neben der Akzeptanz, den Erfolg einer Notunterkunft und beschleunigt  
120 so den Prozess die Menschen wieder in einen geregelten Tagesablauf zu bringen.

121  
122 Außerdem setzen wir uns gegen eine „Anti-Obdachlosen-Architektur“ im öffentlichen Raum  
123 ein. Sitzmöglichkeiten, die mit Bügeln oder Kugeln ausgestattet sind und den längeren Auf-  
124 enthalt von Menschen verhindern sollen, sorgen lediglich für eine Vertreibung von Obdachlo-  
125 sigkeit in andere Stadtteile. So werden nur die Symptome, aber nicht die Ursachen von Ob-  
126 dachlosigkeit bekämpft und sorgt zusätzlich noch dafür, dass Straßensozialarbeiter ihre „Pati-  
127 enten“ nicht wiederfinden können.

128  
129

130 **Kinderschutz auf Social Media über QR Codes auf Spielplätzen**

131 Social Media ist ein Ort der Information, des Entertainments, der Vernetzung und des Aus-  
132 tausches von Menschen überall auf der ganzen Welt. Es ist ein visueller Ort der stark von Fo-  
133 tos und Videos geprägt ist.

134 Jeder Mensch besitzt das Recht am eigenen Bild zum Schutz seiner Privatsphäre.

135 Das bedeutet, dass wir selbst bestimmen können, ob Fotos oder Videos von uns veröffent-  
136 licht werden dürfen. Da Kinder es für sich noch nicht entscheiden können tun es die Eltern  
137 für sie.

138 Insbesondere aufgrund der niedlichen und lustigen Situationen mit Kindern werden unbe-  
139 dacht Fotos auf Social Media geteilt.

140 Auf Instagram kann man auf öffentlichen Accounts das Ganze Leben der Kinder verfolgen.  
141 Von der Badehose am See, über den Wohnort, der Kita und vieles mehr.

142 Wir, die FDP, erachten es als wichtig und wertvoll Eltern über das Thema „Teilen von Kinder-  
143 fotos“ zu sensibilisieren. Die Kontrolle über ein Bild ist in dem Moment verloren, in dem es  
144 im Internet hochgeladen wird.

145 Durch die fortgeschrittene Technologie der Smartphones & Apps sind keine Bildprogramme  
146 wie Photoshop mehr nötig um Screenshots zu erstellen, Bilder zu bearbeiten und zu spei-  
147 chern, um sie dann auf anderen Plattformen zu verbreiten.

148

149 Die Idee stützt sich auf Sticker mit Kindermotiven die auf Spielgeräten angebracht werden.  
150

151 Auf einem Motiv befindet sich ein großer QR-Code in der Mitte.  
152 Wenn man ein Foto von einem Kind macht und das Motiv von der Kamera des Smartphones  
153 erfasst wird, wird der QR Code automatisch gelesen.  
154 Es ploppt der Text auf, der auf dem QR-Code angelegt ist. Wie z.b. „Schützen Sie Kinder!  
155 Teilen Sie keine Kinderfotos auf Social Media.“  
156

157 Diese Idee stammt ursprünglich aus der Schweiz von dem Verein „Kinderschutz Schweiz“.  
158

159 Es schützt die Kinder vor Mobbing im Internet, wenn sie zu einem späteren Zeitpunkt eigene  
160 Social Media Profile haben.

161

162 Zudem schützt es die Kinder vor Cyber-Grooming. Cyber-Grooming ist, wenn Personen be-  
163 wusst mit Kindern im Internet Kontakt aufnehmen, um mit ihnen eine sexualisierte Bezie-  
164 hung aufzubauen.

165 Werden sensible Daten wie Wohnort verraten, können diese Übergriffe auch im realen Um-  
166 feld stattfinden.

167

168 Gleichzeitig ist es für die Eltern eine gute Gelegenheit, den Kindern einen bewussten Umgang  
169 mit Daten im Internet/Social Media vorzuleben.

170

171 Wir möchten die Eltern bei digitalen Themen unterstützen, damit sie ihre Kinder nach eige-  
172 nem Ermessen, bei diesen Themen versiert an die Hand nehmen können.

173

## 174 **Liberaler Integrations-/Migrationspolitik**

175

176 Wir Freien Demokraten erkennen das Potenzial der Vielfalt in der heutigen Gesellschaft an  
177 und wollen dieses Potenzial weiter fördern, denn dieses Potenzial spiegelt die Realität unserer  
178 heutigen Gesellschaft wider.

179 Die derzeitige weltpolitische Lage erzeugt global Flüchtlingsströme, welche im Schwerpunkt  
180 Europa als Ziel haben. So steht auch Deutschland im Mittelpunkt der Zuwanderungswellen.  
181 Wir sind uns bewusst, dass der Zustrom teils unkontrolliert und in der Anzahl zeitlich stark  
182 schwanken kann.

183 Daher fordern wir einen Dreiklang aus:

- 184 1) Illegale Migration begrenzen
- 185 2) Optimierung der Integrationspolitik
- 186 3) Anreize für Fachkräfte schaffen

187  
188 Diesen Dreiklang erachten wir als notwendig, um einerseits den Herausforderungen des De-  
189 mografischen Wandels, den Fachkräftemangel, den wirtschaftlichen Aspekten entgegenzutre-  
190 ten und andererseits Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit für unsere Gesellschaft zu gewährleis-  
191 ten.

192

### 193 **Illegale Migration begrenzen; Kommunen entlasten**

194 Die hohe Anzahl an Flüchtlingen, die auch unsere Hansestadt aufgenommen hat, sorgt immer  
195 wieder für Herausforderungen und Probleme. Im Schwerpunkt stehen hier vor allem die Be-  
196 zirke und Stadtteile. Die Bezirke werden oftmals allein gelassen bei der Unterbringung der  
197 Geflüchteten. Das Anmerken, dass die infrastrukturellen Kapazitäten erschöpft sind und die  
198 Bezirke somit überlastet sind, findet auf Landesebene kein Gehör. Wir Freien Demokraten  
199 sind der Auffassung, dass eine Integrationspolitik unter diesen Umständen nicht mehr zielfüh-  
200 rend und hinnehmbar ist. Die Bezirke können nicht mehr und dieser Realität muss man ins  
201 Auge blicken und annehmen. Hierzu kommt die Belastung für das gesellschaftliche Leben in  
202 den jeweiligen Bezirken. Oftmals müssen Sportstätten oder andere öffentliche Einrichtungen  
203 aus Kapazitätsgründen geschlossen werden. Schul- und Kitaplätze werden Mangelware.  
204 Daher begrüßen wir den Vorschlag/Kompromiss zur Reformierung des „Gemeinsamen Euro-  
205 päischen Asylsystems“ (GEAS).

206 Schnellere Verfahren an den EU-Außengrenzen müssen langfristig dazu führen, den unkon-  
207 trollierten Zustrom zu verringern und den Geflüchteten mit rechtmäßigem Anspruch schneller  
208 eine Bleibeperspektive aufzuzeigen. Hierbei ist es natürlich von äußerster Wichtigkeit, dass  
209 die Standards der Einrichtungen an den Außengrenzen in Einklang mit humanitärem Recht  
210 stehen.

211 Des Weiteren soll die Kompetenz der Verteilung der Geflüchteten auf die Stadtteile bei den  
212 Bezirken bleiben. Diese haben den besten Überblick hinsichtlich der Unterbringungskapazitä-  
213 ten. Um das bestehende gesellschaftliche Leben nicht zu stark zu beeinflussen und um auf  
214 teils stark variierende Flüchtlingszahlen reagieren zu können, sollte eine Unterbringung in  
215 Unterbringungscontainern stets in Erwägung gezogen werden.

216

### 217 **Rahmenbedingung für eine erfolgreiche Integrationspolitik optimieren**

218 Das oberste Ziel einer liberalen Integrationspolitik ist die Schaffung von Rahmenbedingun-  
219 gen, die es ermöglichen jeden unabhängig von Religion, Herkunft oder sexuellen Orientie-  
220 rung so zu integrieren, dass wir alle gemeinsam in einer vielfältigen Gesellschaft zusammen-  
221 leben können. Die muss stets unter dem Aspekt der Chancengleichheit und des liberalen Auf-  
222 stiegsversprechen stehen.

223 Sprache ist hierbei ebenfalls ein entscheidender Faktor. Daher fordern wir kostenlose und ver-  
224 pflichtende Sprachkurse für Geflüchtete, um Sprachbarrieren zu reduzieren. Im Weiteren wol-  
225 len wir uns auf Landesebene für kostenlose Bildungsmöglichkeiten einsetzen, um weitere An-  
226 reize für eine schnelle Arbeitsmarktintegration zu schaffen.

227 Dafür müssen bürokratische Hürden abgebaut werden, beispielsweise durch die digitale Be-  
228 reitstellung von Formularen in verschiedenen Sprachen. Ziel muss es sein, dass Menschen  
229 auch noch im laufenden Verfahren die Möglichkeit haben einer Arbeit nachzugehen.

230 Im letzten Schritt wollen wir uns dafür stark machen für eine schnellere und gerechtere Aner-  
231 kennung von ausländischen Qualifikationen. Dies ist eine elementare Voraussetzung für den  
232 Kampf gegen den Fachkräftemangel.

233

### 234 **Anreize für Fachkräfte schaffen**

235 Der Fachkräftemangel ist unserer Stadt sowie im Rest der Republik überall existent. Vor al-  
236 lem die Gastronomie und die Pflege leiden unter fehlenden Fachkräften. Teils führt dies gar  
237 zur gezwungenermaßen Aufgabe des Betriebes. Dies kann und ist nicht im Sinne der Freien  
238 Demokraten.

239 Die derzeitige Lage in unserer Hansestadt wird nicht zu einer Lösung des Problems führen.

240 Die Diskrepanz in der Herangehensweise zwischen Senat und Handelskammer steht dafür  
241 sinnbildlich.

242 Wir Freien Demokraten wollen Anreize schaffen, sodass unsere Stadt wieder attraktiv für  
243 Fachkräfte wird. Dafür müssen wir die zuvor angesprochenen bürokratischen Hürden ab-  
244 bauen. Vor allem aber müssen wir bezahlbaren Wohnraum schaffen. Denn eine ausländische  
245 Fachkraft, die keine geeignete Wohnung für seine Familie findet, wird langfristig nicht hier-  
246 bleiben. Nur mit den richtigen Rahmenbedingungen können wir im Kampf um Fachkräfte  
247 mithalten.

248 Daher bedarf es neben bezahlbarem Wohnraum, ebenfalls besser ÖPNV-Anbindungen und  
249 vor allem eine attraktive Innenstadt, die nicht mehr unter Leerstand leidet. Die Konzepte dafür  
250 habt ihr bereits in den vorherigen Kapiteln dieses Rahmenprogramms gelesen.

251

252

253

254 **Begründung:**

255

256 Erfolgt mündlich.